

# Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei S. L. Dautz & Co.,  
Hanssen & Vogler,  
Kudolph Wolff.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 169.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal  
erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4/8 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 48 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Donnerstag, 8. März.

Insertate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile oder deren  
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

## Amtliches.

Berlin, 7. März. Der König hat dem Staats-Minister, General  
Infanterie v. Kamake die nachgesuchte Entbindung von seinem  
als Kriegs-Minister ertheilt.  
Der König hat den Landrath Hoppe in Thorn zum Regierungs-  
rath ernannt.  
Der Kaiser hat den vortragenden Rath und Vorstand der Ver-  
waltungs-Abtheilung in der Admiralität, Geheimen Admiralitäts-  
Rath zum Wirklichen Geheimen Admiralitäts-Rath zu er-  
nennen.

## Vom Landtage.

### Abgeordnetenhaus.

#### 43. Sitzung.

Berlin, 7. März. Am Ministertisch: v. Puttkamer, Lucius,  
Friedberg, Scholz.  
Vizepräsident Hr. v. Heereman eröffnet die Sitzung um  
10 Uhr.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Entwurfs,  
betreffend die Ausdehnung der Wirksamkeit des nassauischen evangeli-  
schen Zentralfonds und der nassauischen evangelischen Pfarr-,  
Schul- und Waisenanstalten auf die vormals hessischen Theile des  
Landes Wiesbaden.  
Nach Besprechung durch den Referenten Abg. Schreiber und  
Abg. Thilenius wird die Vorlage einstimmig angenommen.  
Es folgt die dritte Lesung des Etats. In der  
Debatte nimmt zunächst das Wort  
Abg. Graf Limburg-Stirum. Redner weist darauf hin,  
daß in der zweiten Lesung zahlreiche Wünsche auf Erhöhung der Aus-  
gaben vorgetragen worden sind, ohne daß man dem gegenüber irgend  
eine Deckung angegeben habe. Wollte man mehr Ausgaben, dann  
müsse man auch den im Reich vorgeschlagenen indirekten Reichsteuern  
entgehen. Die Einzelstaaten können ihren stets wachsenden Bedürf-  
nissen nur gerecht werden mit Hilfe des Reiches.  
Abg. Ridert: Der Vorredner hat auf die zukünftigen Reichs-  
entwürfe hingewiesen, ich möchte ihm doch empfehlen, uns fähigere  
Entwürfe vorzulegen, denn den im Reichstage eingebrachten Antrag  
halten wir nach wie vor unausführbar. Graf Limburg hat  
die Schulunterhaltungspflicht gesprochen; ich glaube, wir könnten  
die Ausgaben beschränken, wenn wir den Schulbesuch der Kinder  
vom vollendeten sechsten erst vom vollendeten siebenten Jahre ab  
verpflichten könnten. Aber überhaupt ist mit so allgemeinen Wen-  
dungen die Reichs-Finanzreform am besten gar nicht zu erörtern. Im  
allgemeinen haben die Reichswähler ja keine guten Erfahrungen ge-  
macht. 130 Millionen neuer Steuern sind bewilligt worden, ohne daß  
den Einzelstaaten eine Finanzverbesserung eingebracht ist. Preußen  
hat seine Ausgaben ohne Hilfe des Reiches bestreitet, und bevor  
es im Stande ist, konkrete Finanzvorschläge zu machen, möchte  
ich bitten, die unbestimmten Aussichten uns nicht immerfort vor-  
zuführen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Wir werden hoffentlich auch  
in diesem Reichstage die Mehrheit erlangen und dann werden wir auch in  
dieser Lage sein, unsere Finanzvorschläge zu verwirklichen. Jedenfalls  
werden wir auch jetzt schon eine stärkere Besteuerung der Börse durch-  
führen. Wenn Sie übrigens in der Lage sind, uns im Reichstage  
Entwürfe zu machen, haben wir nichts dagegen, bis jetzt haben  
wir nur die Beschränkung des Herrn Ridert sich nur in der Negative groß gezeigt.  
Abg. Ridert: Bis jetzt hat Herr v. Minnigerode hier noch  
keine Mehrheit, das haben wir wiederholt, u. A. auch beim Volkswirth-  
schafts-Rath gesehen. Herr v. Minnigerode wird auch ferner wie bisher  
die Unterstützung des Herrn Windthorst oder des Herrn von  
Bismarck brauchen müssen, wenn er etwas erreichen will. — Ich  
möchte Sie doch bitten, endlich einmal zu sagen, wie viel Millionen  
aus der Börsensteuer erwarten, sehr viel kann doch auch die Börse  
erbringen. Mit einer Reform der Stempelsteuer würden Sie viel  
mehr erreichen, als mit einer Börsensteuer à la Wedell. Wenn Sie  
neue Ausgaben wünschen, möchte ich Sie bitten, auch in Preußen  
die neuen Einnahmen zu sorgen und nicht auf das Reich zu re-  
curren.

Abg. Windthorst: Bei weiser Sparsamkeit können wir ohne  
Schulden sehr gut auskommen, jetzt müssen wir uns beschränken.  
Ich und meine Freunde werden im Reich keine neuen Steuer-  
entwürfe vorzubringen zustimmen.

Auf wird die Generaldiskussion geschlossen.  
In einer persönlichen Bemerkung erklärt der Abg. v. Min-  
nigerode, daß er von der Majorität seiner Partei nur in Bezug  
auf den Antrag, nicht in politischer Hinsicht gesprochen habe. (Große  
Heiterkeit.)

Abg. Ridert freut sich, daß er in dieser Hinsicht zu der Majo-  
rität des Herrn v. Minnigerode zählen kann. (Heiterkeit.)  
Abg. v. Minnigerode freut sich, das nur bestätigen zu  
können.

In der Spezialdiskussion plaidirt beim Ordinarium des Forstetats  
Abg. v. Tiedemann (Doms) gegen die beabsichtigte Ausdehnung  
der Realisation der Realisation für das Forstfach.

Minister Dr. Lucius: Zur Zeit besteht bei der Forstverwaltung  
keine Absicht, die Berechtigung auf die lateinischen Schul-n auszu-  
dehnen, vielmehr bleibt dies bis zur allgemeinen Regelung der Berech-  
tigung vorbehalten.

Auf eine Anfrage des Abg. Büchtemann erklärt Minister  
Dr. Lucius, daß eine Spezialisierung der Einnahmen aus Ruh- und  
Fischerei — allerdings einstweilen nur versuchsweise — angeordnet  
sei.

Zu dem Etat des Seehandlungs-Instituts beantragt Abgeordneter  
Abg. v. Tiedemann, daß die Staatsregierung aufzufordern, auf den Verkauf der Brom-  
beeren-Grundstücke unter Bedingungen, welche die Interessen der  
Landesbevölkerung zu stellen geeignet sind, Bedacht zu nehmen, indem er  
die ständige Verminderung in den Einnahmen der staatlichen Unter-  
nehmungen hinweist.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag gegen die Stimmen der  
Mehrheit abgelehnt.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung sagt auf eine Anregung des  
Abg. v. Tiedemann (Doms) der Minister v. Maybach zu, daß die Frage der  
Sicherung der rechtsrheinischen Bahnanlagen gegen die Ueber-  
nahme in eingehende Erwägung genommen werden würde.

Noch sei nicht entschieden, ob man die Geleise durchweg erhöhen oder  
die Trasse von den Städten des rechten Rheinufer weiter weg verlegen  
müsse. Jeder falls werde es gelingen, die Interessen der Bahnverwal-  
tung mit denen des Verkehrs in Einklang zu bringen.

Abg. Büchtemann bemerkt, daß der Rheinuferübergang der  
Stettiner Bahn im Zuge der Biesenstraße in Berlin zu den größten  
Verkehrshemmnissen in der Reichshauptstadt gehöre und bittet um  
schleunige Abhilfe.

Ministerialdirektor Schneider erkennt den Mangel an, indessen  
seien Verhandlungen zur Hebung der außerordentlichen Schwierigkeiten  
im Gange.

Abg. Fuchs beschuldigt die Verwaltung der mangelnden Rücksicht  
auf zahlreiche Beamte, welche von der Rheinischen Bahn beschäftigt  
worden und bei der Verstaatlichung entlassen worden sind.

Abg. Dr. Hammacher weist darauf hin, daß diese Beamten  
auch von der Privatbahnverwaltung nur auf Kündigung beschäftigt  
und nicht etatsmäßig angestellt waren. Der Staat habe seinen  
Anlaß und kein Geld für unbeschäftigte Beamte etatsmäßige Stellen  
zu schaffen.

Minister Maybach bestätigt diese Auffassung als richtig.  
Allerdings sei er bestrebt, diesen Beamten, wenn bei einem Bahn-  
bau die Beschäftigung aufhöre, bei einem anderen Beschäftigung  
zu schaffen.

Beim Etat für Handel und Gewerbe beantragt Abg. v. n  
Liebermann Namens der konservativen Partei die Wiederher-  
stellung des in zweiter Lesung abgelehnten Titels: zu Diäten 2c.  
für den Volkswirtschaftsrath 16,000 M.

Abg. Windthorst spricht sich aus den bereits in zweiter Lesung  
vorgebrachten Gründen gegen die Wiederherstellung aus.

Unterstaatssekretär v. Möller tritt für den Volkswirtschaftsrath  
ein, dessen die Regierung bedarf und der dem Parlamente durchaus  
keine Konkurrenz mache.

Abg. Dr. Löwe (Hochum) tritt für die Bewilligung des Volks-  
wirtschaftsraths ein. Wenn die Regierung sich wirtschaftlichen Rath  
holen wolle, müsse man ihr auch diese Möglichkeit gewähren.

Abg. Dr. Danel erklärt sich gegen den Antrag. Der Volks-  
wirtschaftsrath habe nichts genützt, sei in der That kein Parlament,  
aber eben gerade darum im Stande, das Ansehen des Parlaments  
herabzusetzen; man möge deshalb dem Beschlusse zweiter Lesung treu  
bleiben.

Hierauf wird die Debatte geschlossen und in namentlicher  
Abstimmung die Position abermals mit 192 gegen 191 Stimmen  
abgelehnt. In der Abstimmung betheiligte sich auch  
Kriegsminister Kamake. Das Resultat der Stimmen wurde mit  
Bravosrufen aufgenommen. Dagegen hatten gestimmt die Fortschrittler,  
Expositionisten, die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abg. v. Cuny,  
Günther, Dr. Hammacher, Hansen, v. Heide, Koehler, Reyer (Dona),  
Dr. Katorp und Rademacher und das Zentrum mit Ausnahme der  
Abg. v. Heereman und Graf Schilling-Kesselsbrod.

Beim Extraordinarium des Etats der Justiz-Verwaltung beantragt  
Abg. Staß die erste Rate zur Vorbereitung des Neubaus eines  
Geschäftshauses für das Land- und Amtsgericht zu Aachen im Betrage  
von 100,000 Mark abzusetzen und den Neu- oder Umbau desselben auf  
der feitherrigen Baustelle nochmals in Erwägung zu nehmen.

Abg. v. Cuny tritt für die Bewilligung der Forderung der Re-  
gierung ein.

Der Antrag Staß wird darauf abgelehnt.

Beim Etat des Ministeriums des Innern fragt

Abg. Schmidt (Sagan) nach dem Schicksal des Gesetzentwurfs,  
nach welchem die juristischen Personen auf dem Lande in gleicher Weise  
zu den Kommunalsteuern herangezogen werden sollen, wie in der  
Stadt. Es wäre bedauerlich, wenn dieses wichtige Gesetz, das den  
Landgemeinden neue Steuerquellen eröffnen soll, zurückgelegt wor-  
den wäre.

Minister v. Puttkamer erklärt, daß ein entsprechender Gesetz-  
entwurf ausgearbeitet sei. Die Verzögerung in der Einbringung der  
Vorlage ist durch erste Erwägungen über wichtige prinzipielle Punkte  
veranlaßt, und wenn die kontroversen Punkte ihre Erledigung gefun-  
den haben, wird die Staatsregierung keinen Moment zögern, den Ge-  
setzentwurf dem Hause vorzulegen.

Abg. Krupp bringt zur Sprache, daß die Bestimmung, monach  
die Wahlkommissionen den Gerichts- und Polizeibehörden des Wahl-  
kreises die Namen der gewählten Abgeordneten mitzutheilen haben,  
um diese vor gerichtlichen Vorladungen zu bewahren, nicht immer  
innegehalten werde.

Minister v. Puttkamer erklärt, daß diese Bestimmungen vor  
jeder Landtagswahl in Erinnerung gebracht werden und er gern bereit  
wäre, Remedur eintreten zu lassen, wenn ihm besondere Beamte nam-  
haft gemacht würden, welche die betreffenden Bestimmungen nicht be-  
folgt haben.

Abg. Lassen bringt die Angelegenheit der nord-schleswigschen  
Optanten zur Sprache, bleibt aber mit seinen Beschwerden auf der  
Tribüne völlig unverständlich.

Minister v. Puttkamer glaubt, daß der gegenwärtige Moment  
zur Behandlung der wichtigen Frage nicht geeignet sei und hätte ge-  
wünscht, daß eine Interpellation eingebracht worden wäre, damit er  
sich gehörig auf die Beantwortung der Frage hätte vorbereiten können.

Mit Bezug auf die Optanten, die die preussische Staatsangehörigkeit  
wieder erwerben wollen, erklärt der Minister, daß Schwierigkeiten den-  
selben hierin nicht bereitet werden sollen. Die Maßregel, nach welcher die  
Ehne von solchen dänischen Optanten, die sich in Nord-schleswig aufhalten  
und in das 20. Lebensjahr treten, vor die Alternative gestellt werden, sich in die  
Stammrolle eintragen zu lassen, oder auszuwandern, sei nicht von den  
Landräthen, sondern von der obersten Zentralstelle verfügt worden.

Der Art. 19 des Wiener Friedens sei bisher zu milde angewendet  
worden. In den 5 nord-schleswigschen Distrikten befinden sich unter  
250,000 Einwohnern 25,000 Dänen und in manchen Bezirken befinden  
sich 24 pSt. Dänen. Dieser Zustand sei ein ungelinder und der Staat  
habe lediglich dabei sein Interesse in Frage zu ziehen, ob es gestattet  
sein solle, einen solchen Staat im Staate zu dulden. Die Staats-  
regierung hätte diese 25,000 Dänen einfach auszuweisen können, aber sie  
hat sich zu der oben erwähnten Maßregel entschlossen. Der Abg.  
Lassen hat allerdings darin Recht, daß die Maßregel unnötig gewesen  
wäre, wenn man noch wenige Jahre mit dem Erlaß derselben gewartet  
hätte, weil dann überhaupt Militärschlichte, die nicht preussische  
Staatsbürger sind, nicht mehr vorhanden gewesen wären. Diese Ver-  
fügung ist vertraulich der dänischen Regierung vor Erlaß mitgetheilt  
worden und ihr dabei bewiesen worden, daß es sich nicht um

eine feindselige Handlung gegen Dänemark handle. Daß in Elsh-  
Lohringen eine andere Praxis befolgt werde, liegt daran, daß  
die Verhältnisse sich dort augenblicklich derart gestaltet haben,  
daß man zu rigorosen Maßnahmen seine Zuflucht nicht zu  
nehmen braucht. Es handelt sich übrigens nur um die Einstellung von  
400 jungen Leuten in die Armee. An der staatsrechtlichen Form der  
Verfügung könne man allerdings etwas Inkorrektes finden, doch war  
bei ihrer Wahl nur der Wunsch, der Verfügung die peremptorische  
Form zu nehmen, maßgebend. Sie hat keineswegs den Charakter der  
Willkür oder des Terrorismus, sie hat nur den Zweck, die Leute vor  
die zweite Option zu stellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Lassen bringt weitere Beschwerden über den Erlaß der  
fraglichen Verfügung vor, bleibt aber wiederum unverständlich.

Minister v. Puttkamer erklärt, daß er aus Delikatesse die  
eigentlichen Motive zum Erlaß der Verordnung nicht angegeben habe,  
nimmeh aber auf Wunsch des Abg. Lassen dieselben mittheile. Es  
hat sich der interessante Vorgang vollzogen, daß neben einander Leute  
mit verschiedenen Pflichten gegen den Staat wohnen; während die  
einen zum Militärdienst verpflichtet sind, sind die anderen davon be-  
freit. Das hat zu vielen Unzufriedenheiten geführt; diejenigen, die  
für Preußen optirt hatten und ihrer Militärpflicht genügt, wurden  
von denen, die dänische Unterthanen geworden waren, verlacht und  
verhöhnt, und manche preussische Staatsangehörige haben sich dadurch  
veranlaßt gefunden, nach Amerika auszuwandern, weil sie unter den  
unangenehmen Verhältnissen nicht länger leben wollten. Der Minister  
wiederholt nochmals seinen Wunsch, daß Abg. Lassen eine genau for-  
mulirte Interpellation einbringen möge, dadurch allein würde er in den  
Stand gesetzt sein, alle Fragen genau zu beantworten.

Nachdem ein Antrag auf Schluß angenommen, bemerkt

Abg. Danel zur Geschäftsordnung, daß er es als ein Unrecht  
empfinde, daß ihm als Vertreter eines schleswigschen Wahlkreises in  
einer so wichtigen Frage von fast europäischer Bedeutung von der  
Majorität das Wort abgeschnitten worden sei.

Minister v. Puttkamer konstatirt, daß er als Mitglied des  
Hauses gegen den Schluß der Debatte gestimmt habe.

Die Debatte ist dadurch wieder eröffnet.

Abg. Danel erklärt den Standpunkt des Ministers vollkommen  
zu theilen. Formell war die preussische Regierung zum Erlaß der Ver-  
fügung durchaus berechtigt, auch thatsächlich habe die Regierung korrekt  
gehandelt, und dies ist auch von der dänischen Regierung nicht be-  
stritten worden. Die gegenwärtigen Verhältnisse in Schleswig-Holstein  
sind eine Folge einer zu weit getriebenen Gutwilligkeit der Regierung.  
Wünschenswerth wäre es freilich gewesen, wenn man den jungen Leu-  
ten längere Zeit zur Entschliebung gelassen hätte. Von der Erklärung  
der Regierung, daß die Verfügung der dänischen Regierung vorher  
notifizirt worden sei, ist Redner besonders erfreut, weil bei der Aner-  
kennung, die man für Dänemark in Schleswig-Holstein empfindet, die  
völkerrechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark  
möglichst freundschaftlich erhalten bleiben müssen. (Bravo! rechts.)

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Die Einnahmen werden sodann bewilligt, ebenso der größere  
Theil der Ausgaben, worauf sich das Haus bis Donnerstag 11½ Uhr  
verträgt. Schluß 4½ Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 8. März.

— Das Entlassungsgesuch des Kriegsministers Generals der  
Infanterie v. Kamake ist, wie der „Rheinischer Anzeiger“ meldet,  
gestern von dem Kaiser genehmigt worden. Heute hat sich der  
Minister von den Offizieren des Kriegsministeriums, an dessen  
Spitze er seit dem 9. September 1873 gestanden, verabschiedet.  
Als Nachfolger wird jetzt mit Bestimmtheit der General-Lieuten-  
ants Bronsart von Schellendorf, der gegenwär-  
tige Kommandeur der Garde-Infanterie-Division, bezeichnet,  
dessen Ernennung, wie die „Nat. Zeitung“ meldet, bereits er-  
folgt sein soll.

— Die „Nordb. Allg. Ztg.“ theilt an hervorragender Stelle  
mit, daß der Kaiser dem ausscheidenden Kriegsminister das  
Kreuz und den Stern der Großkomture des Hausordens von  
Hohenzollern verliehen hat. Ueber den Zeitpunkt der Einreichung  
des Entlassungsgesuchs schreibt das gouvernementale Blatt:

„Wir haben, so lange die Frage, ob der Kriegsminister ein Ent-  
lassungsgesuch eingereicht habe, in der Schwebe begriffen war, eine re-  
servirte Haltung beobachtet, obson wir Gelegenheit hatten, bessere In-  
formationen zu erhalten, als andere Blätter, die mit großer Sicherheit  
darauf sprachen, namentlich die „Kreuz-Zeitung“. Letztere hat bereits  
am 15. Februar, nur auf Gerüchte hin, aber mit größter Sicherheit  
die Nachricht gebracht, der Kriegsminister habe seinen Abschied gefor-  
dert, und dieselbe gegen unseren Widerspruch aufrecht erhalten. Nach-  
dem das, was die „Kreuz-Ztg.“ damals grundlos behauptete, sich nun-  
mehr allerdings verwirklicht hat, nachdem am 26. v. M. der Kriegs-  
minister in der That den Wunsch ausgesprochen hat, seiner Stellung  
enthoben zu werden, konstatiren wir dies, weil wir das Bedürfnis haben,  
im Interesse der Wahrheit festzustellen, daß die „Kreuz-Ztg.“ am 15.  
v. M., wenn sie damals behauptete, der Kriegsminister habe seinen  
Abschied nachgesucht gehabt, eine Unwahrheit gedruckt und demnach  
aufrecht erhalten hat. Es ergibt kein Schritt des Kriegsministers in  
dieser Richtung, der älter wäre, als vom 26. Februar. Die „Kreuz-  
Ztg.“ sollte doch dergleichen captationes der Leser, sich eine Priorität  
in Nachrichten dadurch zu sichern, daß sie Gerüchte und Vermuthungen  
als sichere Thatsachen nicht nur druckt, sondern auch gegen den Wider-  
spruch besser informirter Organe aufrecht erhält, geringeren Blättern  
überlassen.“

— Die „Berl. Pol. Nachr.“ protestiren gegen die Be-  
hauptung, daß die Konferenzen mit Bayern und Württem-  
berg wegen der Angelegenheit der Postwertzeichen  
„geschlettert“ seien. Das genannte Organ muß aber selbst zu-  
geben, daß etwas Anderes, als „die Bereitwilligkeit, den wirk-  
lichen Uebelsänden in Betreff der Postkarten abzuhefen“,  
nicht erzielt sei.



## r. Stadtverordnetenversammlung

am 7. März.

Anwesend sind 31 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brodny, Dr. Buzi, Gapski, Siebia, Fontane, Dr. Friedländer, Gerhardt, Glagel, Herz, Jädel, Jaffe, Kantorowicz, Kirßen, Kimm, Dr. Landsberger, Lange, Dr. Lebinski, Ligner, Ranheimer, Risch, Müller, Riegel, Brauns, Dr. Reibold, Köstel, Rosenfeld, Schweiger, Dr. Symanski, Turt, Victor, Ziegler. Von Magistrats-Mitgliedern sind anwesend: Bürgermeister Herse und die Stadträte Andersch, v. Giebowski, Stadtbaurath Gruber, Kantorowicz, Schmidt. Den Vorsitz führt Stadtverordneter Jaffe, später Stadtverordneter Mägel. — Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten, und zunächst in der Beratung und Feststellung der Etats pro 1883/84 fortgefahren.

Ueber den Etat für das Realgymnasium pro 1883/84 berichtet Stadtverordneter Brodny. Danach wird der Etat folgendermaßen festgestellt: Verwaltungskosten 2174 M. (gegen 2113 M. im Vorjahr); Besoldungen 78,362 M. (gegen 78,549 M. im Vorjahr); Unterrichtsmittel 2659 M. (gegen 2643 M. im Vorjahr); Geräthschaftsunterhaltung 300 M. (gegen 202 M. im Vorjahr); Heizung und Beleuchtung 1321 M. (gegen 1475 M. im Vorjahr); Mieten 17,192 M.; Prämien und Stipendien 1863 M.; außerordentliche Ausgaben 2590 M. (gegen 400 M. im Vorjahr) und zwar: 200 M. zu nicht vorhergesehenen Ausgaben, 440 M. für Neubeschaffung und Reparatur der Subellien; 150 M. für Neubildung des Geräte-raums in der Turnhalle; 1800 M. für einen Hilfslehrer, dessen Anstellung sich erst nach Aufstellung des Etatsentwurfs als notwendig herausgestellt hat; auch wird der Magistrat autorisiert, falls eine Theilung der Sekunda erforderlich werden sollte, die betreffenden Lehrkräfte für die Mehrstunden zu honorieren. — Die Einnahme beträgt: Zinsen von Kapitalien 663 M., Schulgeld und Schülerbibliothek-Beiträge 40,750 M., Insgesamt 75 M., Zuschuß aus der Kammereasse 65,973 M. Einnahme und Ausgabe balanciren mit 107,461 M. (gegen 104,447 M. im Vorjahr). — Eine längere Debatte entwidelt sich bei Feststellung der Gehälter für die Lehrer der Realschule. Wie Stadtverordneter Dr. Lebinski berichtet, haben 64 städtische Volksschullehrer an den Magistrat das Gehalt gerichtet, daß der Wohnungsgeldzuschuß bei Lehrern, welche bereits vier Jahre im städtischen Dienste sind, von bisher 225 M. auf 432 M. erhöht werde. Magistrat und Schuldeputation haben dies Gehalt mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage der Stadtgemeinde abgelehnt, beantragen jedoch, den Wohnungsgeldzuschuß bei denjenigen Lehrern, welche vier Jahre im Dienste sind, vom fünften Jahre ab von bisher 225 M. auf 300 M., bei denjenigen Lehrern, welche bereits 10 Jahre im Dienste sind, vom elften Jahre ab von bisher 300 M. auf 400 M. zu erhöhen. Die Schulkommission hat sich diesem Antrag gegenüber mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadtgemeinde ablehnend verhalten, während die Finanzkommission beantragt: den Wohnungsgeldzuschuß vom fünften Jahre ab von bisher 225 auf 300 M., dagegen erst vom fünfzehnten Jahre ab von bisher 300 auf 400 M. zu erhöhen. — Für den Magistratsantrag sprechen die Stadtr. Jädel, Kirßen, Dr. Lebinski, Fontane und von Seiten des Magistrats Bürgermeister Herse, den Antrag der Finanzkommission empfehlen die Stadtr. Dr. Kantorowicz und Herz. Nach längerer Debatte wird der Antrag des Magistrats angenommen, und demnach beschloffen, den Wohnungsgeldzuschuß vom fünften Dienstjahre ab auf 300 M., vom elften Dienstjahre ab auf 400 M. zu erhöhen. — Ferner wird folgender von der Finanzkommission gestellter Antrag angenommen: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen: 1) Auskunft darüber zu geben, nach welchem Grundbuche die Aufnahme nicht zahlender Schüler in das Realgymnasium erfolgt; 2) es zu ermöglichen, daß in dieser Lehranstalt das Verhältnis der nicht zahlenden Schüler zu den zahlenden sich wie 1:10 gestalte; und daß 3) in die Realschule nicht zahlende Schüler überhaupt nicht, oder doch nur höchst ausnahmsweise aufgenommen werden.

Der Etat der Mittelschule pro 1883/84, über welchen Stadtverordneter Herz berichtet, wird folgendermaßen festgestellt: Verwaltungskosten 1398 M., Besoldungen gemäß der Gehaltskala und des in Betreff des Wohnungsgeldzuschusses gefassten Beschlusses 53,360 M. gegen 51,060 M. im Vorjahre, davon 300 M. einmalige Unterstützung. — In Folge eines Gesuches mehrerer Lehrerinnen hatte der Magistrat beantragt, den in städtischen Dienste angestellten Lehrerinnen vom 8. bis 12. Dienstjahre ab ein Gehalt von 1200 M. und einen Wohnungsgeldzuschuß von 150 M., dagegen Lehrerinnen vom 13. bis 17. Dienstjahre ab ein Gehalt von 1350 M. und einen Wohnungsgeldzuschuß von 150 M. zu gewähren. Dieser Antrag war von der Schulkommission abgelehnt worden, während die Finanzkommission denselben befürwortet. Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag angenommen. Es werden ferner festgestellt: für Unterrichtsmittel 2033 M., für Geräthschafts-Unterhaltung 380 M., für Heizung und Beleuchtung 1339 M., für Mieten 10,781 M., für unvorhergesehene Ausgaben 150 M. — Die Einnahme beträgt: Für Gebungen 31,642 M., für unvorhergesehene Einnahmen 123 M., Kammereasse-zuschuß 37,676 M. gegen 36,614 M. im Vorjahre. Einnahme und Ausgabe balanciren mit 69,441 M. gegen 67,224 M. im Vorjahre.

Von dem Stadtverordneter Dr. Friedländer und Genossen war folgender Antrag gestellt worden: Die Versammlung möge beschließen, dem Magistrat zu empfehlen, Schritte zu thun, welche bezwecken, für die Abiturienten der Mittelschule die Berechtigung zum einjährigen Militärdienste zu erlangen. Bürgermeister Herse führt gegen diesen Antrag etwa Folgendes aus: Es sei ein Bedürfnis, daß unsere Mittelschule in Ruhe komme, und nicht immer aufs Neue durch Umanberungsvorschläge beunruhigt werde. Der Herr Kriegsminister habe sich dagegen erklärt, daß den Mittelschulen die Berechtigung gegeben werde, die Qualifikation zum einjährigen Militärdienste zu gewähren, und zwar aus dem Grunde, weil einerseits die Eltern von Schülern, welche die Mittelschule besuchen, durchgängig nicht die erforderlichen Mittel haben, um sie ein Jahr lang als Freiwillige zu unterhalten, andererseits sie aber auch derartigen sozialen Kreisen angehören, daß diesen später die Reserve-Offiziere nicht entnommen werden können. Da also die Mittelschulen die Berechtigung, zum einjährigen Militärdienste zu entlassen, nicht erhalten werden, so würde die Umwandlung in eine „höhere Bürgerschule“ erforderlich sein, was wiederum die Lösung der Mädchen-Abtheilung von der Mittelschule erforderlich machen würde. Da an einer derartigen höheren Bürgerschule mehrere akademisch gebildete Lehrer angestellt sein müssen, so würden sich die Kosten, die bei unserer Mittelschule sich auf 58 M. pro Kopf stellen, um 24 M. pro Kopf erhöhen. Diese Mehrkosten aber durch ein höheres Schulgeld aufzubringen, würde hart sein; auch würde eine Särte darin liegen, wenn den an der Mittelschule angestellten, schon lange wirkenden Lehrern akademisch gebildete Lehrer vorangestellt würden. Außerdem sei in Erwägung zu ziehen, daß derjenige Schüler, welcher die Mittelschule absolviert hat, später ohne große Mühe die Qualifikation zum einjährigen Dienste erwerben könne, und es sei dies auch bereits mehrfach geschehen. In Breslau, wo zwei derartige höhere Bürgerschulen bestehen, haben bisher auch nur wenige Schüler von dem Rechte zum einjährigen Dienste Gebrauch gemacht. Seit 20 Jahren haben wir eine Klassifikation der Lehraufgaben, die nicht richtiger sein könne. Bürgerschule, Mittelschule, Realgymnasium, deren starker Besuch beweist, daß sie sämtlich das vorhandene Bedürfnis befriedigen. Man möge also an einer Schule, welche sich so gut bewährt hat, wie die Mittelschule nicht rütteln, und keinen Werth darauf legen, daß sie überhaupt wird, das Realgymnasium durch eine höhere Bürgerschule ersetzt werden würde. Man möge der Mittelschule die ihr erforderliche Ruhe gewähren und es ausgeben, für die Abiturienten derselben die Berechtigung zum einjährigen Militärdienste zu erlangen. (Beifall.)

Stadtverordneter Kirßen beantragt, diese Angelegenheit wegen ihrer Wichtigkeit zu vertagen und auf die Tagesordnung einer späteren Sitzung zu setzen. Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Der Etat der Bürgerschule pro 1883/84, über welchen Stadtverordneter Rosenfeld berichtet, wird folgendermaßen festgestellt: Verwaltungskosten 946 M., Besoldungen 36,655 M. (gegen 35,055 M. im Vorjahre); Unterrichtsmittel 1442 M., Geräthschaftsunterhaltung 328 M., Heizung und Beleuchtung 837 M., Mieten 6796 M., außerordentliche Ausgaben 655 M. Einnahmen: Gebungen 16,180 M., unvorhergesehene Einnahmen 44 M.; Zuschuß aus der Kammereasse 31,447 M. (gegen 28,816 M. im Vorjahre). Einnahme und Ausgabe balanciren mit 47,659 M. (gegen 45,599 M. im Vorjahre).

Ueber die Etats der I., II., III. und IV. Stadtschule pro 1883/84 berichtet die Stadtverordneter Dr. Lebinski, Köstel, Dr. Kantorowicz und Jädel. Diese Etats werden sämtlich in der Weise festgestellt, daß die Gehälter gemäß der Gehaltskala und gemäß den erwähnten Beschlüssen in Betreff des Wohnungsgeldzuschusses und der Erhöhung des Gehalts der Lehrerinnen festgestellt werden. Danach balancirt der Etat der I. Stadtschule in Einnahme und Ausgabe mit 27,036 M. (gegen 29,425 M. im Vorjahre); Zuschuß aus der Kammereasse 28,892 M. (gegen 29,228 M. im Vorjahre). — Einnahme und Ausgabe der II. Stadtschule: 21,253 M. (gegen 31,179 M. im Vorjahre); Zuschuß aus der Kammereasse 29,145 M. (gegen 30,991 M. im Vorjahre). — Einnahme und Ausgabe der III. Stadtschule: 47,673 M. (gegen 43,648 M. im Vorjahre); Zuschuß aus der Kammereasse 47,548 M. (gegen 43,383 M. im Vorjahre). — Einnahme und Ausgabe der IV. Stadtschule 61,695 M. (gegen 59,532 M. im Vorjahre); Zuschuß aus der Kammereasse 61,335 M. (gegen 59,232 M. im Vorjahre). Nach dem Magistratsentwurf sollten einem Lehrer mit Rücksicht darauf, daß sich der Rektor der betr. Anstalt ungünstig über ihn ausgesprochen hatte, und bei der Feststellung der Gehaltskala bestimmt worden war, daß das Aufsteigen in der Stala nur bei vorhandener Würdigkeit stattfinden, sowohl die 75 M. Gehaltserhöhung, wie die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses im Betrage von 75 M. gestrichen werden, der erste Fall dieser Art seit Feststellung der Gehaltskala. Nachdem jedoch Bürgermeister Herse sich selbst für Gewährung des höheren Wohnungsgeldzuschusses ausgesprochen, wurde dem betr. Lehrer derselbe von der Versammlung auch gewährt, das Aufsteigen in der Gehaltskala für das Etatsjahr 1883/84 jedoch abgelehnt.

Ueber die Bewilligung eines Ehrenpreises für das im Monat Mai d. J. zu veranstaltende Rennen des Herren-Reiter-Vereins in der Stadt Posen berichtet Stadtverordneter Herz, und befürwortet gemäß dem Magistratsantrage die Bewilligung von 500 M. Nachdem sich Stadtrath Andersch und Stadtverordneter Jädel für den Magistratsantrag ausgesprochen, und Stadtverordneter Köstel Bewilligung eines Ehrenpreises von 400 M. beantragt hat, wird letzterer Antrag angenommen, jedoch mit der Maßgabe, daß die 400 M. gemäß dem Antrage des Stadtverordneters Dr. Reibold in Form einer dafür zu beschaffenden Ehrengabe gewährt werden.

Die Stadtgemeinde hat ein Grundstück auf der Zawady (Nr. 289) gekauft, auf welchem sich zwei Weibstühle befinden. Da es nun zweifelhaft erscheint, ob diese mit angekauft worden sind, so beantragt Magistrat, das Eigentumsrecht des früheren Besitzers an diesen Weibstühlen möge anerkannt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß er die bisher dafür gezahlte Feuerversicherungsprämie erstatte. Nachdem Stadtverordneter Dr. Lebinski diesen Antrag befürwortet hat, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Ueber die Bewilligung der Mittel zur Ergänzung resp. Neupflanzung von Promenadenbäumen pro 1882/83 berichtet Stadtverordneter Köstel. Derselbe weist auf eine frühere Sitzung hin, in welcher gegen die für die anzupflanzenden Bäume re. angelegten Preise Einwendungen erhoben wurden. Magistrat hat nun den Nachweis geführt, daß nach den von 9 Submittenten eingegangenen Offerten sich stelle: ein Ahornbaum auf 4,50 M., eine Platane auf 6,40 bis 6,50 M., eine holländische Linde auf 5,40 M. (bei einer Stärke von 16 cm). Da vom Hundesteuerfonds noch 2100 M. vorhanden seien, so beantrage der Magistrat, daß zur Anpflanzung von Ahornbäumen, Platanen und holländischen Linden, die von sachverständiger Seite ganz besonders empfohlen werden, auf Garten-, Al. Nitter- und Wilhelmstraße, sowie für die erforderlichen Baumplätze (à 50 Pfg. pro Stück) im Ganzen 1700 M. aus dem Hundesteuerfonds bewilligt werden. Nachdem Stadtverordneter Köstel diesen Antrag befürwortet hat, wird letzterer von der Versammlung angenommen.

Mit der Niederlassung des Kochs Saloblewski und des Oberkellners Wittner erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Damit erreicht die Sitzung, welche 4½ Uhr Nachmittags begonnen hat, 7½ Uhr Abends ihr Ende. — Zur Beendigung der Feststellung der Etats pro 1883/84 sollen Mittwoch und Donnerstag den 14. und 15. d. M. Sitzungen stattfinden.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 6. März.

d. [Zu polnischen Bischöfen] werden in dem Konfistorium, welches am 12. oder 15. d. Mts. in Rom stattfindet, nach Mittheilung des „Kuryer Pogn.“ 12 Geistliche ernannt werden, und zwar: zum Erzbischof von Mohilew Bischof Gintowt, zum Erzbischof von Warschau Bischof Popiel, zum Bischof von Sandomir Sotkiewicz, zum Bischof von Luck-Zytmir Rozowski, zum Bischof von Kalisz-Rujawien Bischof Beresniowski, zum Bischof von Plocl Bischof Borowski, zum Bischof von Wilna Kryniowski, zum Bischof von Samogiten Pallhulion, zum Bischof von Rielee Bischof Kulinski; außerdem „u Suffraganbischöfen: Zeer, Pollak und Pöllner. — Ferner theilt der „Kuryer“ mit, daß in diesen Tagen der Geistliche Zylnski, früherer Administrator der Diözese Wilna, in Rom eingetroffen sei; derselbe wolle sich der Buße unterwerfen und die Verzeihung des h. Vaters nachsuchen. Seine Angelegenheit werde vor dem Tribunal des h. Officiums zur Verhandlung gelangen.

Die Angelegenheit des Abg. Propstes v. Jazdzewski wird, nachdem sie in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses aufgeführt worden ist, von der gesamten hiesigen polnischen Presse besprochen. Trotzdem nach den gegebenen Aufklärungen der Abg. v. Jazdzewski, welcher, obwohl im Prinzip ein Gegner der Simultanen, doch beim Herrn Minister das Gesuch der Katholiken in Romanshof, daß an der dortigen evangelischen Schule ein katholischer Lehrer angestellt werde, unterstützt, und sich damit faktisch für die Umwandlung einer bisher konfessionellen in eine paritätische (Simultan) Schule verwendet hat, vermögen doch weder „Diennit“, noch „Kuryer“, noch „Drendownit“ die Sache vorurtheilsfrei zu beurtheilen, sondern meinen: das Recht stehe auf Seiten des Propstes v. Jazdzewski, da dadurch, daß ein katholischer Lehrer an einer evangelischen Schule angestellt werde, diese Schule noch nicht ihren konfessionellen Charakter verliere. In Fällen dagegen, wo an einer katholischen Schule ein evangelischer Lehrer angestellt wurde,

hat die polnische Presse stets über Zunahme der Simultanen geklagt! Das einzige Organ, welches die Angelegenheit vorurtheilsfrei behandelt, ist der „Goniec Wlkopolski“, dessen Chefredakteur bekanntlich ein ehemaliger Schulmann ist und dessen Urtheil über diese Angelegenheit daher einen gewissen Werth hat. Er sagt nämlich, nachdem er die Äußerungen des Abg. v. Jazdzewski und des Herrn Kultusministers neben einander der gestellt hat: „Wer hat nun Recht? Leider ist das Recht auf Seiten des Herrn Ministers! Wir sind Polen und die nationale Solidarität heißt uns, auf der Seite des polnischen Abgeordneten zu stehen. Warum können wir dies heute leider nicht thun? Wir bedauern zunächst das kurze Gedächtnis des geehrten Abgeordneten, welcher, nachdem er kaum ein Jahr zuvor die Angelegenheit der Schule zu Romanshof (Romansow) vor sich gehabt, nach der bekannten Äußerung des Herrn Kultusministers sich er wisse absolut nichts von diesem Orte! Er möge es uns zeigen, aber wir begreifen dies nicht. Was der Abgeordnete in Berlin am Dienstage sprach, entschuldigt ihn nicht. Er hat den Herrn Minister nicht um eine katholische Schule in Romanshof gebeten, sondern nur das Gesuch unterstützt und selbst darum gebeten, daß die zweite Stelle an einer evangelischen Schule mit einem katholischen Lehrer besetzt werde. Der Herr Minister hat die Sache so dargestellt, wie sie wirklich sich verhält, und daraus geht hervor: 1) daß Dr. von Jazdzewski durch sein Gesuch das Prinzip der Simultanen untergraben hat; 2) daß Dr. v. Jazdzewski Politik auf eigene Hand betrieb und sich in Dinge mischte, welche außerhalb seines Abgeordneten-Mandates und seines Standpunktes in der Fraktion liegen; 3) daß er dies Mandat zu Dingen mißbraucht, welche ihm die polnische Bevölkerung nicht anvertraut hat; 4) daß er auch in der polnischen Fraktion und die polnische Gemeinschaft in diesem Falle durch sein Vorgehen hinter den Kulissen kompromittirt hat.

r. Im Königl. Mariengymnasium fand am 6. und 7. d. M. unter Vorsitz des Provinzial-Schulraths Polte die mündliche Abiturientenprüfung statt. Dieselbe wurde von 18 Abiturienten besucht.

d. Der Abg. v. Gzarsinski reiste am 5. d. M. mit einem Komitee des Innern, welcher von der russischen Gesandtschaft in Berlin visit war, nach Rußisch-Polen, gelangte aber nur bis Alexandrowo, wo ihm von russischer Seite die Weiterreise verweigert wurde, so daß er zurückkehren mußte. Wie die „Gz. Tor.“ mittheilt, soll der Herr v. Gzarsinski darin liegen, daß Herr v. Gzarsinski im Jahre 1872 als Mitglied eines Komitees behufs Sammlung eines Fonds zur Unterstützung der lernenden polnischen Jugend zu Stipendien für Schüler überwiesen wurde.

Die Agitationen der polnischen Ultramontanen gegen die Simultanen werden seit einiger Zeit weniger öffentlich, energischer aber im Geheimen betrieben mit dem klar erkennbaren Zwecke, die Unterrichts- und Erziehungserfolge der Simultanen den polnisch-katholischen Schülern möglichst zu vernichten. In den letzten Wochen sind die Bruthäfen dieser seit Monaten betriebenen geheimen Agitation entdeckt worden. An ihre Beilegung hat nunmehr die zuständige Behörde Hand angelegt. In verschiedenen Theilen der Stadt hatten polnische adeliche Damen (so Frau v. S., Frau v. eine Frau und ein Fräulein v. W.), die weder eine Lehrberechtigung noch eine Lehrberechtigung nachweisen im Stande sind, Lehranstalten eingerichtet, in denen sie in bestimmten Morgen-, Nachmittags- und Abendsunden katholische Schulkinder aus sämtlichen hiesigen Schulen versammelten und sie in der Religion, der polnischen Geschichte und der polnischen Literaturgeschichte im ultramontanen Sinne richteten. Auf diese Weise hatte man angefangen, ein polnisch-montanes Netz über unsere Simultanen auszubreiten und nach sämtlichen katholischen Schulkinder. — Die Deutschkatholiken nicht ausgenommen — in dasselbe systematisch hineinzuziehen, das mit Wissen und Willen der polnisch-katholischen Geistlichkeit, diesen Laien den Unterricht in der katholischen Religion während sie bei Lehrern die missio canonica verlangt. Jetzt sind diese Bruthäfen des konfessionellen Hasses und der nationalen Feindseligkeit beseitigt. Doch wir fürchten, daß sie anderswo blühen werden, wenn nicht allseitig die größte Vorsicht obwaltet.

d. In Betreff eines Patronats für gewerbliche Angelegenheiten enthält der „Drendownit“ ein Schreiben aus Wronow, welches sich dahin ausdrückt, daß in ähnlicher Weise, wie für die polnischen Kulturvereine und Vorlesevereine ein Patronat eingerichtet wurde, der „Drendownit“ ist gegen eine derartige Institution und die gewerblichen Angelegenheiten hätten ihr Patronat in den Händen der Gewerkschaften zu haben, wenn nicht allseitig die größte Vorsicht obwaltet.

d. In der provinzialständischen Wegebaukommission am 6. d. Mts. zwei neue Wegebau-Inspetoren gewählt, so daß die Anzahl derselben neun beträgt. Die Wahl fiel auf den Regierungsbaumeister Ziemski und auf einen Baubeamten aus der Provinz Hannover, Herrn Vogt.

d. Besitzveränderungen. Im Kreise Pleschen, wo in den letzten Jahren so viel größerer Grundbesitz aus polnischen in deutsche Hände übergegangen, ist neuerdings veräußert worden: von Herrn Jazdzewski das Rittergut Wiczyn (mit 639 Hektaren) an Herrn Rähler aus Schlesien für 426,000 Mark. Im Kreise Scharba Gut Szewie (mit 115 Hekt.) von Herrn Semler Herr v. S.

## Perisfies.

\* Köln, 7. März. [Die englische Post] vom 6. d. Mts. früh, planmäßig in Perviers um 8 Uhr 13 Minuten Abends, geblieben. Grund: Schiff ist in Ostende nicht herangekommen. Schneetreibens im Kanal.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\* Breslau, 7. März. [Die Einnahmen der Reichsbahn] Ober- u. Nieder-Elbe betragen nach vorläufiger Feststellung im Monat Februar d. J. 1) im Personen- und Gepäckverkehr 7,700 M.; 2) im Güter- und Viehverkehr 670,980 M.; 3) außerdem 100 M., mithin in Summa 809,440 M. Nach der definitiven Feststellung pro Monat Februar 1882 beliefen sich die Einnahmen auf 73,415 M., ad 2) auf 623,229 M., ad 3) auf 56,000 M., 752,644 M.; mithin ergaben die Einnahmen pro Monat Februar d. J. ad 1) 4045 M. mehr, ad 2) 47,751 M. mehr, ad 3) 100 M. mehr, in Summa 56,796 M. mehr. Die Gesamt-Einnahmen vom 1. Januar bis ult. Februar 1883 betrugen 1,723,000 M., mithin gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Mehrernte von 153,809 Mark.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 8. März. Der Prinz von Wales ist am 7. d. Mts. Abends um 9½ Uhr zunächst nach Brüssel abgereist.



**Breslau, 7. März.** In seiner Erwiderung auf die Offerte der Oberschlesischen Eisenbahn bezüglich Herabsetzung der Kohlenpreise lehnt es der Minister für öffentliche Arbeiten ab, die Preisfrage mit der Frage der Prioritäten-Konversion in Zusammenhang zu bringen, findet die Offerte wegen der Tarifermäßigung als in zu weite Ferne geschoben und erwartet günstigere Vorschläge von dem Verwaltungsrathe der genannten Eisenbahngesellschaft.

**Bremen, 7. März.** Rettungsskation Neuwerk der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet: Am 7. März von deutschen Fischereier Nr. 65, Kapitän Corleis, gestrandet auf Wittland vor der Elbe, ein Mann gerettet durch das Rettungsboot „Freiherr von Diergardt“, Kapitän und ein Mann entkommen. Sturm aus NW.

**Wien, 7. März.** Nach einer Meldung der „Neuen fr.“ tritt die Eisenbahnkonferenz heute zusammen. In der letzten Vorberhandlung österreichischer Bahnen soll ein solidares Vorgehen beschlossen worden sein.

**Pest, 7. März.** [Abgeordnetenhaus.] Fortsetzung der Mittelschuldebate. Ratovsky (Protestant) verteidigte Vorlage und hob hervor, daß man es Ungarn nicht verübeln könne, wenn es dem Vorbilde großer Staaten, beispielsweise Deutschlands, folge und alle gesetzlichen Mittel zur Konsolidation der Staatseinkünfte anwende. Die Drohungen einiger ungarischen Zeitungen würden den Ungarn keinen Schrecken einflößen. Ministerpräsident Tisza erklärte, er sei überzeugt, daß die Abgeordneten, welche im Namen der Siebenbürger Sachsen auftreten, einem unbegreiflichen aber de facto bestehenden Hass gegen den ungarischen Staat und alles Ungarische diesmal nicht verfallen. Tisza macht die Sachsen darauf aufmerksam, daß die Intakthaltung ihrer Nationalität bei der geographischen Lage Siebenbürgens nur unter dem Schutze des ungarischen Staates möglich sei. Ein unbegreiflicher und unpolitischer Fehler sei es, das Gebäude des ungarischen Staats von Innen zu stürzen und Aufrufe zu rufen zum Angriffe von Außen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Die sächsischen Abgeordneten mögen glauben, daß, wenn sie in ihrer bisherigen Haltung beharren, unwillkürlich jedem Ungarn einleuchtet, daß der ungarische Staat seitens der Rumänen in Siebenbürgen nur unter einer Gefahr zu befürchten hatte, als dieser Volksstamm unter der Führung der Sachsen stand. (Stürmischer Beifall.)

Man müsse zwischen Sachsen der Konfession und dem Unterchiede unterscheiden, bei letzterem müsse der Einfluß des Staats gestrichen werden, wie das seitens Preußens aus strengster Durchgeführt worden sei. Der ungarische Staat wolle durch seine eigenen Organe die Ueberzeugung gewinnen, daß die in dem Staate befindlichen Behalten auf dem Niveau der Mittelschulen stehen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

**Paris, 6. März.** [Deputiertenkammer.] Bei der vorgeschlagenen Beratung der Anträge, betreffend die Revision der Verfassung, sprach Clemenceau zu Gunsten der Revision, welche das Land, wie er glaube, wünsche. Der Ministerpräsident Ferry lehnte den Antrag, die Revisionsanträge in Erwägung zu ziehen, eine Revision der Verfassung sei gegenwärtig unmöglich. Der Minister stellt die Vertrauensfrage. Der Präsident verlas eine Motion, in welcher es heißt, die Kammer lehnt im Vertrauen auf die Erklärungen der Regierung bezüglich der Verfassung es ab, die Revisionsanträge in Erwägung zu ziehen. Diese von Ferry acceptirte Motion wurde mit 307 gegen 182 Stimmen angenommen.

**Paris, 7. März.** Die Regierung hat beschlossen, das für nächsten Freitag auf der Esplanade des Invalides geplante Meeting von stellerlosen Arbeitern durch Polizei zu verhindern und wird zu dem Behufe das Gesetz gegen die Zusammenrottungen in Anwendung bringen. — Der Minister hat Camille Breteche, welcher für einen Sohn des Fürsten Polignac ausgab und Urheber des f. B. im Palais Polignac entstandenen Brandes war, freigesprochen.

**Marseille, 7. März.** Admiral Seymour, von Malta angekommen, ist alsbald über Paris nach London weitergefahren. Das Fort Saint Jean salutierte mit 21 Kanonenschüssen. — London, 6. März. Unterhaus. In Antwort auf eine Anfrage theilte der Staatssekretär des Krieges, Lord Hartington, mit, ein militärisches Eisenbahnkorps hoffe er baldigst errichten zu können.

**Bukarest, 7. März.** Die Deputiertenkammer votierte mit 15 gegen eine Stimme den Gesetzentwurf, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, 5 pCt. Rente im Betrage von 15 Millionen zur Ausführung von Befestigungsarbeiten auszugeben. Der von der Kommission auf 30 Millionen festgesetzte Kredit wurde auf Verlangen des Ministerpräsidenten auf die Hälfte herabgesetzt. Der Ministerpräsident erklärte, die Befestigungen seien nur zur Sicherung der Neutralität Rumäniens dienen; er wolle thöricht, hierin eine aggressive Absicht zu suchen. Im Laufe der 10 Jahre nöthig haben, um das Land in Verteidigungsstand zu setzen. Der Gesetzentwurf wurde dem Senate von dem Minister Sturdza vorgelegt; ebenso eine mit den Niederösterreichern abgeschlossene Auslieferungskonvention. — Die Deputiertenkammer genehmigte die mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika vereinbarte Konsularkonvention.

**Beirut, 6. März.** Prinz Friedrich Karl von Preußen ist Sonntag Abend hier angekommen und heute nach Damaskus zu den Ruinen von Baalbek abgereist.

**Southampton, 7. März.** Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Donau“ ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redakt on keine Verantwortung

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
7. Nachm. 2	742.1	NW mäßig	halbeiter 1)	-0.9
7. Abnds. 10	742.3	NW mäßig	heiter	-3.7
8. Morgs. 6	743.8	ND schwach	heiter Reif	-5.8

1) Schnee, Niederschlagshöhe: 0.3 mm.  
Am 7. Wärme-Maximum: + 0.3 Cels.  
Wärme-Minimum: - 3.0

### Wetterbericht vom 7. März, 8 Uhr Morgens.

Ort	Barom. a. 0 Gr. nach Reducirung in mm.	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad
Kullagborno	771	R	5 wolfig	2
Aberdeen	767	R	8 wolfig	1
Christiansund	759	R	8 Schnee	-2
Rosenbagen	752	NW	2 wolfig	-2
Stockholm	749	R	2 bedekt	-6
Haparanda	751	R	4 wolkenlos	-9
Petersburg	—	—	—	—
Posen	738	still	Schnee	-2
Dort, Quersl.	772	R	4 halb bedekt	3
Brest	768	ND	3 bedekt	2
Heidelberg	—	—	—	—
Salt	756	NW	3 wolfig	-1
Hamburg	754	R	2 wolfig	-1
Swinemünde	753	still	1 halb bedekt	-3
Neufahrwasser	747	R	7 wolfig	-2
Memel	774	R	4 halb bedekt	-6
Wars.	758	NW	5 bedekt	1
Rückert	754	NW	2 wolfig	-1
Karlshagen	753	ND	1 bedekt	0
Wiesbaden	753	R	3 bedekt	1
München	752	NW	1 bedekt	-4
Gemmitz	753	NW	3 bedekt	-4
Berlin	751	ND	3 bedekt	-1
Wien	749	NW	4 wolkenlos	-1
Breslau	749	NW	3 wolkenlos	-3
de d'Ag	763	R	7 wolkenlos	1
Kyja	748	D	5 bedekt	-1
Triest	746	ND	3 bedekt	6

1) Seegang leicht. 2) Grobe See, Nachts stürmisch. 3) Gestern und Nachts Schnee. 4) Vormittags, Nachts Schnee. 5) Abends Schnee. 6) Nachts Schnee. 7) Nachts Schnee.

Stala für die Windstärke:  
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = heftiger Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet:  
1. Nordeuropa, 2. Küstengebiete von Island bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Uebersicht der Witterung.  
Die Depression, welche gestern über der südlichen Ostsee lagerte, ist östwärts nach dem Innern Russlands fortgeschritten. An westdeutscher Küste sind die Winde schwach geworden, dagegen wehen im nordöstlichen Deutschland noch vielfach steife nördliche Winde. Ueber Zentral-Europa ist bei meist schwacher nördlicher Luftbewegung das Wetter kalt, veränderlich, stellenweise fanden leichte Schneefälle statt. In ganz Deutschland, außer im äußersten Nordwesten herrscht Frostwetter, München meldet 4, Königsberg 5, Memel 6 Grad Rälte.

Deutsche Seewarte.

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Bonds-Course.

**Frankfurt a. M., 7. März.** (Schluß-Course.) Die Bilanz der Diskont-Kommandit-Gesellschaft verstimmte anfänglich. Schluß auf Berlin besetzt.

Lond. Wechsel 20.46. Pariser do. 81.075. Wiener do. 170.77. R.-M. S.-M. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 101. R.-M.-Pr.-Anth. 126. Reichsbank 102. Reichsbank 150. Darmst. 157. Reining. 161. 96. Deut. 707.00. Kreditaktien 273. Silberrente 66. Papierrente 66. Goldrente 83. Ung. Goldrente 75. 1860er Loose 121. 1864er Loose 318.00. Ung. Staatsb. 226.00. do. Dbl.-Dbl. II. 94. Böhm. Westbahn 256. Elisabethb. —. Nordwestbahn 177. Galizier 262. Franzosen 292. Lombarden 124. Italiener 90. 1877er Russen 89. 1880er Russen 72. II. Orientanl. 57. Rentr. Pacific 112. Diskont-Kommandit —. III. Orientanl. 57. Wiener Bankverein 101. 5. Österreichische Papierrente 66. Buschthaber —. Egypter 74. Gotthardbahn 110. Türlen 12. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 274, Franzosen 293, Galizier 262, Lombarden 124, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, Egypter 74, Gotthardbahn 110.

**Frankfurt a. M., 7. März.** Effekten-Sozietät. Kreditaktien 272, Franzosen 292, Lombarden 123, Galizier 262, Österreich. Papierrente —, Egypter 74, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Gotthardbahn 110, Deutsche Bank —, Nordwestbahn —, Elbthal —, 4proz. ung. Goldrente 75. II. Orientanleihe —. Böhmische Nordbahn —. Matt.

**Wien, 7. März.** (Schluß-Course.) Schluß erhöht. Nachbörse: Ungar. Kreditaktien 314.00, österr. Kreditaktien 314.60, Franzosen 314.50, Lombarden —, 4proz. ung. Goldrente 88.97, Galizier —, Elbthal 228.59, Nordbahn —, Österreich. Papierrente —, Nordwestbahn —, Anglo-Austr. —.

Papierrente 78.35. Silberrente 78.65. Österreich. Goldrente 97.70. 3proz. ung. Goldrente 119.90. 4proz. ung. Goldrente 88.77. 5proz. ung. Papierrente 86.80. 1854er Loose 118.75. 1860er Loose 130.75. 1864er Loose 167.75. Kreditlose 170.50. Ungar. Prämien. 116.75. Kreditaktien 312.50. Franzosen 341.50. Lombarden 144.60. Galizier 306.75. Kasch.-Oderb. 145.75. Pardubitzer 150.25. Nordwestbahn 207.00. Elisabethbahn 215.50. Nordbahn 278.50. Österreich. ung. Bank —. Türl. Loose —. Unionbank 117.75. Anglo-Austr. 115.00. Wiener Bankverein 112.75. Ungar. Kredit 312.50. Deutsche Pläze 58.50. Londoner Wechsel 119.80. Pariser do. 47.50. Amsterdamer do. 99.30. Napoleons 9.49. Datalen 5.63. Silber 100.00. Marknoten 58.52. Russische Banknoten 1.19. Lemberg-Garnowitz —. Kronpr.-Rudolf 165.00. Franz.-Loth. —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthal 227.50. Tramway 225.50. Buschthaber —. Österreich. 5proz. Papier 92.95.

**Wien, 7. März.** (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 314.25, österr. Kreditaktien 314.40, Franzosen 341.30, Lombarden 144.90, Galizier 307.00, Nordwestbahn 208.25, Elbthal 228.50, österr. Papierrente 78.37, do. Goldrente 97.70, ung. 6 pCt. Goldrente —, do. 4 pCt. Goldrente 89.00, do. 5 pCt. Papierrente 87.00, Marknoten 68.52, Napoleons 9.49, Bankverein 112.70. Fest.

**Paris, 6. März.** (Boulevard-Verkehr.) 3proz. Rente 82.25, Anleihe von 1872 116.17, Italiener 89.75, österr. Goldrente —, Türlen 12.42, Türlenloose 57.25, Spanier inter. —, do. neue Spanier 63.4, Ungar. Goldrente —, Egypter 377.00, 5proz. Rente —, Banque ottomane 759.00, Suezkanal-Aktien —. Fest.

**Paris, 7. März.** (Schluß-Course.) Träge.

3proz. amortis. Rente 82.95, 5proz. Rente 82.30, Anleihe de 1872 115.90, Italien. 5proz. Rente 89.65, Österreich. Goldrente 83, 6proz. ung. Goldrente —, 4proz. ung. Goldrente 75, 5proz. Russen de 1877 91, Franzosen 723.75, Lombard. Eisenbahn-Aktien 310.00, Lombard. Prioritäten 289.00, Türlen de 1865 12.30, Türlenloose 57.10, III. Orientanleihe —.

Credit mobilier —, Spanien neue 63.00, do. inter. —, Suezkanal-Aktien 2377.00, Banque ottomane 754.00, Union gen. —, Credit foncier 1375.00, Egypter 375.00, Banque de Paris 1070, Banque d'escompte 537.00, Banque hypothecaire —, Lond. Wechsel 25.24, 5proz. Rumänische Anleihe —.

**London, 7. März.** 5pCt. Italien. Rente 90.36, Gold 20.10.

**Petersburg, 7. März.** Wechsel auf London 24, II. Orientanleihe 92, III. Orientanleihe 92.

**London, 7. März.** Consols 102, Italien. 5proz. Rente 88, Lombarden 12, 3proz. Lombarden alte 11, 3proz. do. neue 11, 5proz. Russen de 1871 86, 5proz. Russen de 1872 88, 5proz. Russen de 1873 87, 5proz. Türlen de 1865 12, 3proz. fundierte Amerik. 106, Österreichische Silberrente —, do. Papierrente —, 4proz. Ungar. Goldrente 74, Österreich. Goldrente 83, Spanier 63, Egypter 74, Ottomanbank 20, Rubig.

Silber —. Plazdiskont 2, pCt.

Wechselnotierungen: Deutsche Pläze 20.64. Wien 12.11. Paris 25.42. Petersburg 23.

**Newyork, 6. März.** (Schlußkurs.) Wechsel auf Berlin 94, Wechsel auf London 4.81, Cable Transfers 4.84, Wechsel auf Paris 5.21, 3proz. fundierte Anleihe 103, 4proz. fundierte Anleihe von 1877 118, Erie-Rahn 36, Central-Pacific-Bonds 113, Newyork Centralbahn-Aktien 126, Chicago- und North Western-Eisenbahn 146.

Geld leichter, für Regierungsbonds 3, für andere Sicherheiten 7 Prozent.

Der Werth der in der vergangenen Woche hier ausgeführten Produkte beträgt 7,720,000 Dollars.

#### Produkten-Kurse.

**Hamburg, 7. März.** (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine rubig, per April-Mai 184.00 Br., 183.00 Gd., per Mai-Juni 186.00 Gd., 185.00 Gd. — Roggen loco und auf Termine rubig, per April-Mai 134.00 Br., 133.00 Gd., per Mai-Juni 134.00 Br., 133.00 Gd. — Hafer und Gerste still. — Rüböl still, loco 79.00 per Mai 78.00. — Spiritus still, per März 43 Br., per April-Mai 40 Br., per Juni-Juli 41 Br., per Juli-August 41 Br. — Raffee sehr fest, Umsatz 6000 Saß. — Petroleum rubig, Standard white loco 7.55 Br., 7.45 Gd., per März 7.55 Gd., per August-Dezember 8.15 Gd. Wetter: Schön.

**Wien, 7. März.** (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10.07 Gd., 10.12 Br., per Herbst 10.50 Gd., 10.55 Br. Roggen per Frühjahr 7.58 Gd., 7.63 Br. Hafer pr. Frühjahr 6.85 Gd., 6.90 Br. — Mais (international) pr. Mai-Juni 6.90 Gd., 6.95 Br.

**Pest, 7. März.** Produktemarkt. Weizen loco fest, per Frühjahr 9.58 Gd., 9.62 Br., per Herbst 10.20 Gd., 10.22 Br. — Hafer pr. Frühjahr 6.40 Gd., 6.43 Br., Mais pr. Mai-Juni 6.38 Gd., 6.40 Br. Rohraps pr. August-September 13.

**Amsterdam, 7. März.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, pr. März 265, pr. Mai 275. — Roggen loco und auf Termine unverändert, pr. März 167, pr. Mai 163. Raps pr. Frühjahr —, pr. Herbst —. Rüböl loco 44, pr. Mai 44, pr. Herbst 37.

**Amsterdam, 7. März.** Bancazinn 57.

**Antwerpen, 7. März.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Ende weiß, loco 18, bez. u. Br., per April 18, bez. 18, pr. Mai 18, bez. 18, per September-Dezember 20 Br. W. W. W.

**Sull, 6. März.** (Getreidemarkt.) Fremder Weizen in weicher Tendenz. — Wetter: Schneesturm.

**Paris, 7. März.** Rohzucker 88° loco fest, 51.00 a 51.25, Weißer Zucker steigend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. per März 60.00, per April 60.30, per Mai-August 61.03, per Oktober-Januar 61.30.

**Glasgow, 6. März.** Roheisen. (Schluß.) Mixed number warrants 48 lb. — d.

**London, 7. März.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 23,200, Gerste 3800, Hafer 39,500 Orts.

Weizen u. Mehl träge. Gerste unverändert. Hafer u. Mais fest.

**London, 7. März.** An der Rüste angeboten 1 Weizenladung. — Wetter: Frost.

**London, 7. März.** Bei der gestrigen Wollauktion waren Preise unverändert.

**London, 7. März.** Savannazucker Nr. 12 22. Stramm.

**Manchester, 6. März.** 12r Water Armitage 7, 12r Water Taylor 7, 20r Water Nicholls 8, 30r Water Clayton 9, 32r Rod Townhead 9, 40r Rule Mayall 9, 40r Medio Wilkinson 10, 32r Warpcops Lees 8, 36r Warpcops Dual. Rowland 9, 40r Double Weston 10, 60r Double courante Dual. 13, Printers 14 1/2 8 1/2 pfd. 88. Ruhig.

**Newyork, 6. März.** Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10, do. in New-Orleans 9, Petroleum Standard white in Newyork 7, do. in Philadelphia 7, rohes Petroleum in Newyork 6, do. Pipe line Certificates — D. 93 O. Mehl 4 D. 30 O. — Rother Winterweizen loco 1 D. 22 1/2 O., do. pr. März 1 D. 21 1/2 O., do. pr. April 1 D. 24 O., do. pr. Mai 1 D. 26 1/2 O. — Mais (New) — d. 73 1/2 O. — Zucker (Fair refining Muscovados) 7, Raffee (fair-Ref.) 9, Schmalz Marke (Wilcox) 11, do. f. a. h. 11, do. Rohe u. Brothers 11, Speck (short clear) 10, Getreidefracht nach Liverpool 5 D.

**Stettin, 7. März.** [An der Börse.] Wetter: Bewölkt. Gestern und Nachts Schneefall. +1° N. Nachts —3° N. Barometer 28.0. Wind: NW.

Weizen matter, per 1000 Kilo loco gelber 175—186 Mark, weißer 176—186 Mark, geringer und feuchter 120—160 Mark, per April-Mai 188—187—187.5 Mark, bez., per Mai-Juni 189—188.5—189 Mark, bez., per Juni-Juli 190.5—190 Mark, bez., per Juli-August 192.5 Mark, bez., per September-Oktober 195.5—194 Mark, bez. u. Gd. — Roggen etwas matter, per 1000 Kilo loco inländischer 120 bis 127 Mark, geringer und feuchter 100 bis 118 Mark, per April-Mai 132 Mark, bez., per Mai-Juni 135.5 Mark, bez., per Juni-Juli 138—137.5 Mark, bez., per Juli-August 140—139.5 Mark, bez., per September-Oktober 140.5 Mark, bez. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco Pommerische, Oberbruch u. Märker 115 bis 120 Mark, geringe 102—110 Mark, feine Qualität 125—140 Mark, bez. — Hafer still, per 1000 Kilo loco Pommerischer 105—117 Mark. — Winterweizen unverändert, per 1000 Kilo loco inländischer 120 bis 127 Mark, bez., per April-Mai 132 Mark, bez., per Mai-Juni 135.5 Mark, bez., per Juni-Juli 138—137.5 Mark, bez., per Juli-August 140—139.5 Mark, bez., per September-Oktober 140.5 Mark, bez. — Spiritus still, per 1000 Liter — pCt. loco ohne Faß 52.3 Mark, mit Faß — Mark, bez., kurze Lieferungsabgabe — Mark, bez., per März 52.3 Mark, nom. per April-Mai 53.2 Mark, bez., Dr. u. Gd., per Mai-Juni 53.8 Mark, Dr. u. Gd., per Juni-Juli 54.5 Mark, Dr. u. Gd., per Juli-August 55.32 Mark, bez., per August-September 55.7 Mark, Dr. u. Gd., per September — Mark. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen — Mark, Roggen — Mark, Rüböl — Mark, Rüböl 79 Mark, Spiritus 52.3 Mark. — Petroleum loco 8.25 Mark, trans. bez., Kleinigkeiten — Mark, bez., Regulirungspreis 8.25 Mark, alte Uance 8.55 Mark, trans. bez. — Heutiger Landmarkt: Weizen 160—187 Mark, Roggen 115—129 Mark, Gerste 105—120 Mark, Hafer 110—124 Mark, Erbsen 145—170 Mark, Winterweizen — Mark, Kartoffeln 60—66 Mark, Senf 1.5—2.5 Mark, Stroß 12—15 Mark. (Officer-Stg.)



## Produkten-Börse.

Berlin, 7. März. Wind: NW. — Wetter: Schneelust.  
Wider erwartete man heute unter dem Eindrud des winterlichen Wetters festen Markt und wieder wurde diese Erwartung getäuscht, weil wohl angenommen wird, daß Schnee und Frost sichtlich nicht schaden können, wo von Vegetation noch keine Rede ist.  
Loso-Weizen wenig beachtet. Für Termine bestand mäßiges Realisationsangebot, zu dem sich Offerten auf Sommerfrachten gesellten. Bei maffer Stimmung mußten deshalb Kurse etwa 1 M. nachgeben und der Schluß war kaum fester.  
Loso-Roggen, schwach angeboten, war noch weniger gefragt, so daß die winzigen Umsätze nur unter Nachgiebigkeit der Inhaber ermöglicht wurden. Der Terminhandel verlief sehr still. Im Anschluß an Weizen war die Haltung matt und die Kurse durchgängig etwas niedriger, und der Schluß wieder etwas besiegigt.  
Loso-Oafer nur in seiner Waare gut zu lassen. Termine still. Roggenmehl wenig verändert. Mais in loso fest. Termine preishaltend.  
Rüböl flaute in Frühjahrsfrachten, weil Kauflust fehlte, während mäßige Offerten von Kreisen ausgingen, die unsfretig mit der französischen Operation im Zusammenhang stehen. Trotz besiegigten Schlusses waren Notirungen 1 M. niedriger.  
Petroleum durch Realisationen gedrückt. Spiritus in fester Haltung, aber wenig belebt. Effektive Waare war knapp zugeführt. Für Hamburg wurden einige Partien aus dem Markt genommen, obwohl ja nach den Notirungen kein Rendement vorhanden ist.  
(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loso 120—202 Markt nach Dual., mittel — ab Bahn bez., polnischer — bez., gelber märkischer und schlesischer — ab Bahn bezahlt, per diesen Monat — M. heu.

per April-Mai 183 M. bez., per Mai-Juni 185,25—186,5 bez., per Juni-Juli 188,5—188 bez., per Juli-August — bez., per August-September — M. bez., per Septemb.-Oktober 192,5 M. bez. — Gefündigt — Ztr. Ründigungspreis — M. per 1000 Kilogramm.

— Roggen per 1000 Kilogramm lofo 115—137 nach Qualität, inländischer Hammer 118—123, mittel —, guter 128—132 ab Bahn bez., per diesen Monat 135,5 nom., per März-April — bez., per April-Mai 136,5—136,25—136,75 bez., per Mai-Juni 137,75—138 bezahlt, per Juni-Juli 139,75—140 bez., per Juli-August — M. bezahlt, per Sept.-Oktbr. 143,25 M. bez. Gefündigt 6000 Ztr. Ründigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 100—200 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm lofo 115—150 nach Qualität, per diesen Monat —, guter preußischer 128—130, mittel do. 120—125, abfallender —, do. ord. —, do. mit Geruch —, guter pomm. 121 bis 124 bez., mittel do. —, mit Geruch —, per April-Mai 121,75 nom., per Mai-Juni 122,75 nom., Juni-Juli 124 nom. Gefündigt — Zentner. Ründigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Maiz lofo — nach Qualität, per diesen Monat — Markt bez., Donaumais — M., per April-Mai — M. bezahlt. — Gefündigt —, — Ztr. Ründigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Erbfen Rodwaare 150—220, Futterwaare 135—145 per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert inkl. Sad per diesen Monat und März-April 19,70—19,75 bezahlt, April-Mai und Mai-Juni 19,80—19,85 M. bez., per Juni-Juli 20,05 bez., September-Oktober 20,45 bez. Gefündigt 500 Zentner.

Weizenmehl Nr. 00 26,50—24,50. Nr. 0 24,25—22,50. Nr. 0

u. 1 21,50—20,50. — Roggenmehl Nr. 0 21,25—20,25, Nr. 1 19,75—18,75. Feine Marken über Notiz bezahlt.  
Rübsöl per 100 Kilogramm loco mit Faß — bez., ohne Faß —  
M., per diesen Monat und per März-April — bezahlt, per April-  
Mai 80,5—80,2—80,4 bez., per Mai-Juni 79,5—79,2—79,3 bezahlt, per  
Juli-August — Markt bezahlt, per September-Oktober 62,5—62,4 bez.  
Gefündigt — Zentner.

Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit  
Faß in Fässen von 100 Kilogr., loco 23,3—23,2 bez., per diesen Monat  
23,3—23,2 bez., per März-April 23,2 Mk., per Sept.-Oktober 24,7 Mk.  
Gefündigt 7000 Zentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter pSt.  
loco ohne Faß 53,2—53,3 bezahlt, loco mit Faß — bez., per diesen  
Monat und per März-April 53,3 nom., per April-Mai 53,8 Mk. bez.,  
per Mai-Juni 54,1 Mk. bezahlt, per Juni-Juli 55 nom., per Juli-  
August 55,9 Mk. bezahlt, per August-September 56,2 bezahlt, per Sep-  
tember-Oktober — bezahlt. — Gefündigt — Liter.

Bromberg, 7. März. [Bericht der Handelskammer.]  
Weizen ruhig, hochbunt und glatt, feiner 175 — 180 Mk.  
bestunt gute mittlere Qualität 150—170 Mark, abfallende Qualität  
mit Auswuchs 120 — 145 Mark. — Roggen matt, 118  
inländischer feinsten 120 — 122 Mark, mittlere Qualität 117 — 119  
geinge flammende Qualität 110 — 115 Mark. — Gerste feine  
Braumaare 125 — 135 Mark, große und kleine Futtergerste  
100 — 115 Mark — Hafer loco feiner 120 — 125 Mk.  
geinger 100 — 115 Mk. — Erbsen, Rothmaare 140 — 160 Mk.  
Futtermaare 115—125 Mk. — Mais, Rüben und Raps ohne  
Fass — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 50,25 — 50,75  
Mark. — Mithelpura 203,25 Mark.

## Fonds- und Aktien-Börse.

**Berlin, 7. März.** Die heutige Börse eröffnete in wenig fester Haltung und mit theilweise abgeschwächten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Notirungen lauteten gleichfalls weniger günstig, gewannen aber hier auf die Stimmung keinen entscheidenden Einfluß: bestimmend wirkten hier vielmehr die über die Bilanz der Diskonto-Gesellschaft bekannt gewordenen Daten. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs trat eine energische Befestigung der Tendenz ein, welche zugleich eine regere Geschäftsthätigkeit herbeiführte.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere, ihren Werthstand theilweise nicht behaupten konnten.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei meist fester Haltung.

Der Privatdiskont wurde mit 2½ pSt. für feinste Briefe notirt.

Auf internationalem Gebiet setzten Oesterreichische Kreditaktien schwächer ein, zogen aber später bei ziemlich guten Umsätzen wieder erheblich an; Franzosen und Lombarden waren fester und ruhig.

Von den fremden Fonds waren Russische Anleihen und Russische Noten schwächer; Ungarische Solbrente wenig verändert.

Deutsche und preussische Staatsfonds waren ziemlich fest und inländische Eisenbahnprioritäten fest und theilweise gefragt. Bankaktien waren meist wenig verändert und ruhig; Disconto-Kommandit-Antheile matter, Deutsche Bank recht fest und in Notiz beliebt. Industriepapiere waren weniger fest und sehr ruhig; Montanwerthe schwächer. Inländische Eisenbahnaktien meist fest und ruhig; Marienburger Manufaktur etwas besser und lebhafter; Berlin-Hamburg 3½ Proz. höher, auch Rechte Oderuferbahn etwas besser, Ostpreussische schwächer.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.  
1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

[illegible]